

VON ANNA GIULIA FINK UND TESSA  
SZYSZKOWITZ, LONDON

Es gibt wohl kaum einen Zentimeter in diesen ehrwürdigen Hallen, der nicht an alte machtvollere Zeiten erinnert: die olivgrüne Wandtapete mit dem Goldmuster, die alte Schreibmaschine in der Glasvitrine, die wuchtigen Luster, das viele dunkle Holz oder der dicke Stoff der Vorhänge, die kaum Licht durchlassen. Einst war das Londoner Außenministerium die Anlaufstelle eines mächtigen Imperiums; ganz Indien wurde früher von hier aus dirigiert. Heute jedoch ist es der Rückzug des einstigen Weltreichs, der vom Foreign Office aus verwaltet wird. Und nun wollen sich die Briten auch noch aus Europa zurückziehen.

Philip Hammond, 59 Jahre, grauer Seitenscheitel, schlaksige Statur, seit Juli des Vorjahres Außenminister der britischen Regierung, betritt den Saal. Neben Hammond steht Sebastian Kurz, sein aus Wien angereister Ressortkollege; hinter ihnen links die Fahne Großbritanniens, rechts die österreichische. Außenminister Kurz befindet sich auf Amtsbesuch in London. Kurz und Hammond sprechen „regelmäßig“; die Beziehungen, das betonen sie gleich zu Beginn, seien sehr gut.

Ihr Gespräch dauert 20 Minuten länger als geplant, es gibt schließlich viel zu bereden. Die Krisen, die Europa in diesen Tagen plagen, sind zahlreich: die vielen Flüchtlinge, die sich in den Westen aufmachen; der Krieg in Syrien, der sie zur Flucht zwingt und der immer komplizierter und grausamer wird; die Expansionspolitik Russlands, der Kampf gegen den IS, die Beziehung zwischen Saudi-Arabien und dem Iran.

Zu all diesen Krisen steuert Großbritannien nun eine weitere bei. Kommen- de Woche sollen die Briten in einem Brief an EU-Ratspräsident Donald Tusk erst-

mals konkretisieren, unter welchen Bedingungen sie bereit wären, nicht aus der Union auszutreten. Bislang haben zuerst die Griechenland- und anschließend die Flüchtlingskrise die für spätestens 2017 geplante britische Abstimmung überschattet.

Trotz der gravierenden Auswirkungen, die ein „Brexit“, ein Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, hätte, sah sich Tusk Ende vergangenen Jahres aufgrund der Streitigkeiten rund um die griechischen Reformauflagen dazu gezwungen, die Extrawünsche aus London auf den Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Dezember 2015 zu vertagen. In diesem Sommer noch verkündete die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, die Abstimmung in Großbritannien bereite ihr keine „schlaflosen Nächte“.

Das sagte Merkel jedoch, bevor der Flüchtlingszug in Europa immer größer wurde und bevor es hieß, dass selbst das Griechenland-Drama die Union nie derart in ihren Grundfesten erschüttert habe wie die Flüchtlingskrise.

Und nun müssen sich die EU-Institutionen und ihre Mitglieder erstmals auch mit der Frage herumschlagen, welche Zugeständnisse sie den Briten tatsächlich machen, ohne dass der Schaden für die Union am Ende noch größer wird, als das, was der Brexit auslösen würde. Großbritannien ist der drittgrößte EU-Mitgliedsstaat, der viertgrößte Nettozahler des EU-Haushalts, die immer noch größte Militärmacht in Europa und jenes Land, das für knapp 16 Prozent des BIP der Union verantwortlich ist. Schlaflose Nächte stehen nun wohl doch bevor.

Auch für den britischen Premierminister David Cameron wird die Frage, ob sein Land Mitglied der EU bleiben soll, die bestimmende Agenda seiner zweiten Amtszeit sein. Schon die Kabinettsumbildung nach dem Wahlsieg im Sommer war glei- ▶

Griechenlanddrama, Flüchtlingskrise – und jetzt muss sich die EU auch noch mit dem möglichen Austritt Großbritanniens herumschlagen. Dieser scheint wahrscheinlicher denn je. Was die Briten wollen und was sie bekommen könnten.

# Es wird eng, Land

HAMMOND, KURZ IN LONDON  
Unterstützung für britische Forderungen



chermaßen ein Signal an seine Wähler wie an die europäischen Partner. Sechs seiner Minister sind als EU-Skeptiker bekannt, darunter auch Außenminister Philip Hammond, der mehrmals zu Protokoll gegeben hat, er selbst würde gegen einen Verbleib in der EU in ihrem jetzigen Zustand stimmen.

Und es liegt nun ausgerechnet an Hammond, Werbung für die aus Londoner Sicht beste Lösung zu machen: die Verhandlungen mit den EU-Partnern so erfolgreich zu führen, dass der Austritt vermieden werden kann. Am 9. Dezember möchte die britische Regierung ihren Forderungskatalog von Brüssel absegnen lassen, um den von ihr ins Auge gefassten Zeitplan einzuhalten. Bis dahin wollen Cameron und seine Minister ihre Verhandlungen mit der EU und ihren Mitgliedsstaaten abgeschlossen haben, um sich zu Hause dem Wahlkampf für den Verbleib widmen zu können.

Cameron ist kein glühender Europäer. Im Jänner 2013 erklärte er, Europa habe inzwischen „ein Integrationsniveau erreicht, bei dem sich die Briten nicht mehr wohlfühlen“. Die Briten wollten weder die Abschaffung der Grenzen, die durch das Schengenabkommen seit 1995 in Kraft ist, noch traten sie der gemeinsamen Währung bei, die 1999 eingeführt wurde. Cameron hat seine Tories in Brüssel aus dem Verband der Europäischen Volkspartei EVP genommen. Immer wieder forderte er die Rückbesinnung auf den Binnenmarkt als zentrale Idee der EU: „Der gemeinsame Markt ist der Hauptgrund für unsere EU-Mitgliedschaft.“

An einem Scheitern der nun anstehenden Verhandlungen ist der „Europäer wider Willen“ („Economist“) ebenso wenig interessiert wie die Gegenseite: Camerons jüngster Wahlerfolg rührt auch daher, dass die Wirtschaft im vergangenen Jahr in fast keinem anderen großen Industrieland (außer den USA) so stark gewachsen ist wie in Großbritannien. Das Haushaltsdefizit ist um die Hälfte geschrumpft, die Zahl der Arbeitslosen sinkt. Das verdankt London allerdings ein Stück weit der EU: Sie ist der wichtigste Absatzmarkt für die Briten. Ein Ausscheiden aus der EU hätte nicht nur einen eingeschränkten Zugang zum Binnenmarkt, sondern auch den Verlust ihrer Wirtschaftsbeziehungen und Handelsabkommen zur Folge. Kurz: Verlässt Großbritannien die Union, dürfte erst einmal Schluss sein mit den Erfolgsmeldungen.



## „In diesem Bodenkrieg schicken wir ein Heer von Aktivisten von Tür zu Tür.“

Paul Stephenson, Kommunikationschef der „Vote Leave“-Kampagne

Deshalb haben große Teil der britischen Wirtschaftsbesitzer und der wichtigsten internationalen Partner, wie Amerika und China, inzwischen klar Partei für einen Verbleib in der EU ergriffen. Michael O’Leary, der mit der Billigfluglinie Ryan Air reich geworden ist, formulierte es vergangene Woche wieder ganz klar: „Es gibt keinen Zweifel, dass die britische Wirtschaft besser dran ist, wenn wir in der EU bleiben.“ Auch Tory-Größen wie Sir Mike Rake, der vor Kurzem als Vizevorsitzender der Barclays-Bank – der drittgrößten des Landes – zurückgetreten ist, sagt ebenfalls: „Wir müssen in der EU bleiben.“

Cameron mag sich gegen eine engere EU sträuben, aber er will auch nicht als



EPIC/GUIDO BERGMANN / HANDOUT

**CAMERON, MERKEL**  
Die deutsche Bundeskanzlerin und der britische Premier auf dessen Landsitz in Chequers

jener Premier in die Geschichte eingehen, der Großbritannien aus der EU geholt und darüber hinaus zu Kleinbritannien geschrumpft hat: Denn sollte das Referendum in England zu einem Austritt führen, könnte auch Schottland wegbrechen. Die Chefin der Scottish National Party (SNP) Nicola Sturgeon gilt nicht nur als glühende Nationalistin, sondern auch als eifrige Europäerin.

Philip Hammond scheint das alles wenig zu beeindrucken. Er ist kein Mann der großen Worte, er gilt als jemand, der sich kurz und bündig äußert, dafür aber klar und konsequent. Ist das Vorhaben der Regierung, die Sozialleistungen für Migranten zu reduzieren, die in England arbei-

ten und Steuer zahlen, überhaupt EU-kompatibel? „Wahrscheinlich nicht“, antwortet Hammond geradezu lustvoll-provokant auf profil-Nachfrage. „Die Rechtsanwälte studieren die Materie noch, aber ihr erstes Urteil war klar: Wir brauchen dafür eine Vertragsänderung, damit der Schritt keiner Diskriminierung gleichkommt.“

Es gibt Ansprüche, für welche die Briten wohl vergeblich um Zustimmung werben. Brüssel wird allerdings auch zu Zugeständnissen bereit sein müssen, etwa was Programme zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit oder die Rückgabe der Souveränität und die engere Einbindung der nationalen Parlamente betrifft.

„Gerade die Flüchtlingskrise zeigt uns, dass es große Fragen gibt, wo wir mehr Europa brauchen“, sagt Kurz: „Aber dann gibt es kleinere Fragen, in denen Nationalstaaten und Regionen wesentlich besser entscheiden können und in die sich die Europäische Union nicht einmischen sollte.“

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat selbst bereits eine Initiative gestartet, um die viel zitierte Regulierungswut und Verbürokratisierung in Brüssel zu reduzieren. „Niemand hat etwas gegen mehr Subsidiarität“, so Kurz.

Der Schock darüber, dass die Briten Europa nicht enger zusammenrücken sehen wollen, hält sich ebenfalls in Grenzen. Immerhin haben sie sich seit der Regentschaft von Margaret Thatcher kaum mehr an integrativen Projekten beteiligt – hier dürfte es also durchaus Verhandlungsspielraum geben.

Niederlagen hingegen könnten die Briten vor allem dort einstecken, wo sie die Reise- und Niederlassungsfreiheit für Arbeitnehmer in der EU antasten wollen. Den Plänen, die Einwanderung nach Großbritannien aus anderen Mitgliedsstaaten zu begrenzen, hat Angela Merkel bereits eine Abfuhr erteilt. Geht es nach den Briten, dann sollen die Sozialhilfen für berufstätige Steuerzahler erst nach einer Frist von vier Jahren ausgezahlt werden, falls es sich um eingewanderte EU-Bürger handelt – was in dieser Form nicht durchgehen dürfte, da es klar dem Gleichheitsgrundsatz unter EU-Bürgern zuwiderläuft. Im Fall von Betrug bei Sozialleistungen wiederum deutete die deutsche Kanzlerin, deren Wort am Ende zählt, Gesprächsbereitschaft an.

Auch Kurz schließt sich manchen Forderungen aus London an: „Ich bin mit der Niederlassungsfreiheit in der Union aufgewachsen, und ich halte es für entscheidend, dass diese auch aufrechterhalten bleibt. Die Freizügigkeit bedeutet zwar, dass man sich aussuchen darf, wo man innerhalb von Europa arbeiten möchte, aber nicht, dass man sich das beste Sozialsystem aussucht. Die Debatte, ab wann es vollen Anspruch auf Sozialleistungen geben kann, wird irgendwann europaweit zu führen sein.“

Ein „Rosinenpicken für Großbritannien“ kommt für Kurz nicht infrage, aber: „Man kann sich vor der Debatte fürchten, die Großbritannien angestoßen hat, oder man kann die Probleme, die Großbritannien anspricht, als Europäische Union gesamtheitlich lösen und nachschärfen – ▶



REUTERS/WINCENT KESSLER

**UKIP-CHEF NIGEL FARAGE**  
Einschwören auf einen Austritt aus der EU

wofür ich mich klar ausspreche.“ Reformen, die Vertragsänderungen erfordern, seien zwar „wesentlich schwieriger, aber nicht ausgeschlossen. Wir haben auch in der Vergangenheit Verträge geändert, wir können das auch in Zukunft tun.“

Die Briten mögen also kontroverse Fragen aufwerfen, allerdings stoßen sie Debatten an, die ohnehin auch in anderen Ländern geführt werden – und die vor allem dort gerne aufgegriffen werden, wo sich rechtspopulistische bis rechtsextreme Parteien im Aufwind befinden.

„Bei EU-Verhandlungen weiß jeder, dass jeder etwas bekommen muss, mit dem er zu Hause einen großen Sieg verkünden kann. Die Gespräche sind hinter den Kulissen in Wahrheit schon sehr weit gediehen“, sagt ein Diplomat, der in 10 Downing Street ein und aus geht.

In Großbritannien selbst droht Cameron derweil allerdings die Debatte zu entgleisen, ehe sie überhaupt wirklich losgegangen ist. Die britische Regierung hat sich mit positiven Aussagen zur EU bisher zurückgehalten, wodurch sie den EU-Feinden bislang gänzlich das Feld überlassen hat. Die UKIP-Partei unter Nigel Farage tritt geschlossen für einen Austritt aus der EU ein, der neue Labour-Vorsitzende Jeremy Corbyn attä-

ckiert Brüssel von links und wesentlich schärfer, als es sein Vorgänger je getan hat. Und inzwischen spricht sich ein gutes Drittel der 331 regierenden Tory-Abgeordneten für einen Austritt aus. Der Londoner Bürgermeister Boris Johnson höhnt: „Zuerst müssen wir aus unseren Steuergeldern griechische Olivenhaine zahlen, von denen viele wohl nie existiert haben. Dann teilt man uns mit, dass wir unser Brot in Restaurants nicht in dieses Olivenöl eintauchen dürfen. Wir sind doch dem gemeinsamen Markt nicht beigetreten nur um uns jetzt sagen lassen zu müssen, wann und wie wir das Olivenöl genießen, das wir zu finanzieren gezwungen wurden!“

Die selbst auferlegte Zurückhaltung der Regierung und der europafeindliche Ton der Boulevardmedien haben zur Folge, dass die Debatte in Großbritannien bislang ziemlich einseitig geführt wird.

Tatsächlich hat die Austrittskampagne zuletzt stark an Momentum gewonnen. Eine im September veröffentlichte Befragung des Instituts Survation zeigte erstmals eine Mehrheit für die „Out“-Option, inzwischen liegen die beiden Lager in den Umfragen gleichauf. Und die Befragungen unter den britischen Buchmachern, die traditionell als Gradmesser für den

möglichen Ausgang von Abstimmungen und Wahlen gelten, ergeben, dass sich die Chancen für einen britischen EU-Ausstieg in den vergangenen drei Monaten von 18,5 auf 36 Prozent verdoppelt haben. Und dabei hat der Wahlkampf erst begonnen.

Paul Stephenson, der agile Kommunikationschef von Vote Leave, der offiziellen Kampagne der britischen EU-Gegner, freut sich schon auf seinen Einsatz: „In diesem Bodenkrieg schicken wir ein Heer von Aktivisten von Tür zu Tür.“ Die Menschen seien leicht zu motivieren, denn: „Sie haben das Establishment und seine proeuropäische Propaganda satt.“

Im proeuropäischen Lager macht sich hingegen zusehends Panik breit – auch weil bisher eigentlich noch immer niemand weiß, mit welchen Inhalten man in die Kampagne gehen wird. Erschwerend kommt hinzu, dass ihre Galionsfigur nicht besonders glücklich gewählt wurde. Lord Stuart Rose, der Chef der „In“-Kampagne, ist ein freundlicher und vorsichtiger Proeuropäer, der gänzlich untergeht im Gebrüll der Gegner. Und auch der Name der Pro-Kampagne lässt viele spotten: „Better Stronger in Europe“ heißt sie. Die Abkürzung davon erinnert nicht nur Europafeinde eher an verrückte Kühe als an friedliebende Europäer: BSE. n